

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

**Zukunft der Freien Reformschule
Heidelberg**
1. Bericht der Verwaltung
2. Diskussion und Aussprache

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien
beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 22. Mai 2009

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Kulturausschuss	13.05.2009	Ö	() ja () nein	
Gemeinderat	20.05.2009	Ö	() ja () nein	

Inhalt der Information:

Der Kulturausschuss und der Gemeinderat nehmen von der Information Kenntnis.

Sitzung des Kulturausschusses vom 13.05.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 20.05.2009

Ergebnis: Kenntnis genommen

I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Raumversorgung der Schule.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



II. Begründung:

Die Freie Reformschule hatte mit der SRH-Holding einen befristeten Mietvertrag über die Nutzung der Liegenschaft im Kranichweg 51 als Schulstandort abgeschlossen. Eine längerfristige, verbindliche Absicherung des Mietverhältnisses bestand nicht.

Nach dem Verkauf der Liegenschaft durch die SRH an die Firma Core Estate (Zürich) wurde der Freien Reformschule wegen Eigenbedarf gekündigt. Die Freie Reformschule ist dadurch in Raumnot geraten.

Zunächst wurde als schnelle und kurzfristig realisierbare Übergangslösung mit zweijähriger Laufzeit ein Standort im Neuenheimer Feld, beim Sportzentrum Nord, ins Auge gefasst. Die Stadt Heidelberg wäre bereit gewesen, das dort gültige Planungsrecht mit zeitlicher Befristung entsprechend zu ändern, auch die Universität hatte ihr Einverständnis für diese Interimslösung gegeben. Aus bauplanungsrechtlichen Gründen ist eine dauerhafte Schulansiedlung an diesem Standort allerdings nicht möglich. Die Freie Reformschule war von Anfang an über diesen Vorbehalt informiert.

Desweiteren hatte die Firma Core Estate der Freien Reformschule als räumliche Ausweichmöglichkeit für den Interimsstandort ein kostenloses, schlüsselfertiges Provisorium angeboten. Entsprechende Unterlagen enthielten neben ausgedruckten Bildern auch einen Grundriss, aus dem sich die genauen Größenordnungen ergaben. Die Schule sollte sich zunächst äußern, ob sie sich eine Containerlösung überhaupt vorstellen kann. Erst danach sollten weitere Details besprochen werden. Auch eine Besichtigung der Container an ihrem damaligen Standort wurde der freien Reformschule angeboten.

Eine grundsätzliche Zustimmung zur Containerlösung hat die Schule nicht erklärt.

Die Suche nach einem geeigneten Standort und nach Räumlichkeiten, die für den Betrieb einer Schule zulässig sind, ist eigene Aufgabe der Privatschule und ihres Trägers. Auch muss die Freie Reformschule ihre Planungen mit der Genehmigungsbehörde, dem Regierungspräsidium Karlsruhe, abklären.

Die Stadt, die Universität und die Firma Core Estate haben versucht, der Schule in der aktuellen Kündigungssituation mit einer befristeten Übergangslösung mehr Spielraum bei ihrer eigenverantwortlichen Suche nach einem dauerhaften Standort zu verschaffen.

Weitere, aktuelle Prüfungen durch städtische Ämter, wie der Freien Reformschule bei der Suche nach einer gleichen Liegenschaft geholfen werden könnte, führten zu keinem Ergebnis. In den öffentlichen Schulen des Stadtkreises Heidelberg gibt es keine freien Räume, die der Freien Reformschule angeboten werden könnten.

Das städtische Liegenschaftsamt kann keine adäquaten Räumlichkeiten anbieten.

Die städtische Wirtschaftsförderung hat sich ebenfalls an der Suche nach einem alternativen Standort mit entsprechenden Räumlichkeiten beteiligt. Da die Ansprüche der Schule an Ersatzräume offenbar erheblich über den mutmaßlichen finanziellen Kapazitäten der Schule liegen, war leider keine erfolgreiche Vermittlung auf dem privaten Immobilienmarkt möglich.

Zu diesem Thema fand zuletzt am 2. März 2009 eine Besprechung mit den Landtagsabgeordneten sowie Stadträtinnen und Stadträten bei Herrn Bürgermeister Dr. Gerner statt, in der diese Punkte noch einmal ausführlich besprochen wurden. Es besteht Einigkeit in der Würdigung des pädagogischen Konzeptes der freien Reformschule. Schulleitung und Träger sind gefordert, dieses Konzept durch eine langfristig tragfähige Betriebsstruktur abzusichern.

gez.

Dr. Joachim Gerner